Reichsstatistiker weniger sagen müssen. — „Das Überwiegen der wegen Brandstiftung verurteilten Jugendlichen ist eine Tatsache, die keinen in Verwunderung setzen dürfte, der bei Gericht tätig war. Vielleicht ist sie mit der bei den Kindern zu beobachtenden Neigung, mit Feuer zu spielen, zu erklären.“ Diese Bemerkung v. Friesens ist ebenso bedeutend, wie seine Art, sich die eigenartige Kriminalität der Juden zu erklären. Er sagt: „Dieses schlimme Resultat für die Israeliten darf man als Christ nicht mit zuviel Hochmut betrachten mit Rücksicht darauf, daß die Juden, seitdem sie sich aus einem aderbautreibenden in ein gewerbetreibendes Volk umgewandelt haben, kaum je wieder zum Pfluge gegriffen haben, mithin in weit höherem Maße der Versuchung zur Begehung obiger Delikte ausgesetzt sind.“ Beachtenswerter sind die Ausführungen Bandts, von denen ich allerdings insofern abweiche, als es mir nicht zweifelhaft ist, daß unser Wissen über die in einem Volke auftretende Kriminalität durch Bearbeitung kleinerer geographischer Bezirke noch mehr bereichert wird. Manches Interessante bietet gerade seine Bearbeitung für derartige Arbeiten, so daß, was er über Brandstiftungen sagt, durch das Heranziehen der Rechtsprechung von Militärgerichten und durch die eingehende Berücksichtigung der Forst- und Feldbrügsachen.

Scheidet man die von v. Friesen bearbeiteten Erörterungen aus, so hat man eine Arbeit vor sich, die als erfolgreicher Versuch einer kriminalistischen Einzeluntersuchung angesehen werden kann.

23.

Militärstrafrecht.

Berichterstatter: Kriegsgerichtsrat Dr. E. Steidle in München.

1. Das „Belügen eines Vorgesetzten über eine vom Untergebenen begangene gerichtlich zu strafende Handlung“ hat Hauck in der D. Jur.-Ztg. Nr. 4, S. 232 untersucht angesichts der vom Reichsmilitärgericht jetzt entgegen früherer Stellungnahme gegebenen Erklärung (Prüf.-Erg. XI, 27), diese Frage einer dortigen gerichtlichen Entscheidung vorzubehalten. Hauck nimmt Stellung dahin, daß Belügen dann vorliegt, wenn ein Untergebener mit Bezug auf dienstliche Vorgänge Unwahres aussagt, obwohl eigenes strafbares Handeln ihm noch nicht vorgeworfen wurde; daß solches Belügen aber nicht strafbar sei, wenn bei der Befragung durch den Vorgesetzten dem Untergebenen bereits eine Straftat vorgeworfen wird (vgl. unten Ziff. 10).

2. Eine Zusammenstellung der „für die Anwendung des Reichsstrafgesetzbuchs wichtigeren Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts“

ließ von Suttner als Sonderbeilagen zur Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern Nr. 7, S. 157; 10, 221 und 19, 397 erscheinen. Kurze Hinweise auf die Rechtspflege des Reichsgerichts und Bayr. Obersten Landesgerichts erhöhen den Wert dieses Unternehmens, dessen Ergänzung vermutlich jeweils durch spätere Nachträge geplant ist.

3. Die Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht brachte in Heft 1/2, S. 164 f. einige interessante Fälle aus dem Militärstrafrecht. Die Aburteilung einer Frau mit fünf Soldaten wegen militärischen Aufruhrs und Meuterei (sie hatte eine antimilitaristische Flugschrift in der Kaserne kolportiert), wäre in Deutschland im Frieden unmöglich, erweist sich aber gegebenen Falls gewiß nicht unpraktisch. — Ein Offizier, den zwei Dragoner im Manöver gefangen nehmen wollten, verletzte sie mit dem Säbel und wurde „der Körperverletzung, begangen aus Fahrlässigkeit“, schuldig gesprochen. Bezüglich des einen Verletzten wurde er auch zur Versalentschädigung (einschließlich Anwaltskosten) von 1500 Franks verurteilt, der andere hatte ein Entschädigungsverlangen fallen gelassen. Waren da nicht zwei vorsätzliche Reate gegeben?

4. In Nr. 22, S. 366 des D. Offizierblatts führt Hch. Dieß aus, daß die bestehenden Vorschriften nicht ausreichen, ein „Vorgesetztenverhältnis kraft eigenen Entschlusses“ zu begründen. Er untersucht hierbei speziell die einschlägigen preussischen Vorschriften (vom 3. 8. 08, 30. 10. 65 und 30. 3. 95), erkennt aber den militärdienstlichen Grundsatz an sich als bestehend und rechtlich zu beachten an, und zwar für ein Einschreiten des dienstälteren Offiziers oder Unteroffiziers gegen einen dienstjüngeren sowohl in wie außer Dienst. Eine Verwarnung brauche nicht jeweils voranzugehen; militärdienstliche Interessen müssen das Einschreiten gebieten; und dieses muß selbst dann den Charakter einer Diensthandlung an sich tragen. Diese Grundsätze gelten, wie Verf. richtig bemerkt, auch im Bayr. Kontingent und bei der Marine.

5. In demselben Blatt (Nr. 4, S. 53), hatte sich Dieß gegen die jetzt herrschende Meinung gewandt, daß der Ungehorsam (§ 92 MStGB.) auch „fahrlässig“ begangen werden könne. Während das Reichsmilitärgericht die Annahme des fahrlässigen Ungehorsams aus disziplinaren Gründen fordere, verneine sie ein Praktiker wie General v. Meerscheidt-Hüllessem (s. mein Referat Z XXV, 747). Dieß verlangt, nachdem zur Fahrlässigkeit anerkanntermaßen ein Mangel an Vorsicht und an Voraussicht gehöre, daß bei Beurteilung der letzteren eine strenge individuelle Prüfung vorgenommen wird. Geistige Fähigkeiten und der Augenblick des Handelns müssen entscheidend sein; rein disziplinäre Maßnahmen gegenüber der tatsächlichen Nichtbeachtung eines Befehls können ohnehin erforderlich werden.

6. In der D. Jur.-Ztg. Nr. 15, S. 851 versucht Mag Ernst Mayer eine „Abgrenzung des Militärdisziplinarstrafrechts vom Kriminalstrafrecht“ und untersucht hierfür speziell die Frage, unter welchen Voraussetzungen der disziplinär bestrafte Ungehorsam (§ 92

MStGB.) unter die Kriminalstrafe fällt. Die Begründung eines „fahrlässigen“ Ungehorsams wie das Reichsmilitärgericht ihn für möglich hält, verwirft Verf., da immer nur der Vorfall bedroht sei, wenn das Gesetz nicht ausdrücklich Fahrlässigkeit unter Strafe stellt. Das Reichsmilitärgericht schrecke sogar nicht vor Annahme eines „fahrlässigen Verbrechens“ (§ 93 l. c.) zurück, und würden vielleicht bald Konsequenzen den Gerichtshof veranlassen, seine Ansicht zu revidieren. Diesem Wunsch werden wohl nicht nur viele Militärjuristen, sondern auch zahlreiche Offiziere beipflichten. Nach Mayer, und das ist wohl auch die überwiegende Praxis, ist fahrlässiger Ungehorsam eine Disziplinarverfehlung: nur „unausgesetzte“ Nachlässigkeit soll nach ihm kriminell geahndet werden können; Beharren im Ungehorsam scheint ihm hierbei vorzuschweben.

Für fraglich hält Verf. auch, wie weit die Konkretisierung einer „allgemeinen Instruktion“ gehen muß, um als Befehl gelten zu können; Spezialisierung auf eine bestimmte Lage hält er für die erforderliche Voraussetzung. Ich möchte als Beispiel hier das unterlassene Grüßen eines Soldaten gegenüber einem Unteroffizier anführen, die im Urlaub in einer Wirtschaft zusammentreffen. Nach dem Standpunkt des Reichsmilitärgerichts läge da Ungehorsam vor gegen die ein für allemal erteilten Lehren über die Ehrenbezeugungen; sympathischer und vielleicht sogar korrekter würde nur ein Verstoß gegen die militärische Zucht und Ordnung, also eine Disziplinarübertretung anzunehmen sein.

Schließlich spricht sich Mayer dafür aus, die subtile Unterscheidung von Dienstbefehlen und Befehlen in Dienstsachen, diesen „Grenzpfahl“ des § 92, fallen zu lassen und den Übergang von der Disziplinar- zur Kriminalbestrafung an andere Voraussetzungen zu knüpfen, wofür er außer der Person des Beschuldigten und den näheren Umständen des Falls Formulierungen empfiehlt, die teilweise in den §§ 94 und 95 schon stecken.

7. In seiner Abhandlung über die rechtliche Natur des deutschen Offizierdienstes kommt Wiltz. Lehmann in den Annalen (Nr. 9 S. 736) auch auf den Unterschied des Beamten- und Soldatengehorsams zu sprechen. Unter Bezugnahme auf § 47 MStGB., wonach der Untergebene weder berechtigt noch verpflichtet ist, einem strafwürdigen Befehl zu gehorchen, erklärt er den solchenfalls befehlenden Offizier für immer strafbar, wenn nicht ein Befehl in Dienstsachen vorliegt, sondern nur ein fogen. Dienstbefehl oder ein Befehl in Privatangelegenheiten. Es müsse sich deshalb sein Prüfungsrecht notwendigerweise auch darauf erstrecken, ob ein Dienstbefehl, ein Befehl in Dienst-, oder ein solcher in Privatangelegenheiten vorliege, und werde der Fall „damit bereits sehr kompliziert“ — Es dürfte die Kompliziertheit doch mehr in theoretischer Betrachtung solcher Fälle gelegen sein, als die dienstlichen Erfahrungen in der Praxis besorgen lassen.

8. Spohn wendet sich in seiner 2. Auflage der Kriegsartikel (Berlin 1907, Liebel) gegen die herkömmliche Antwort, diese Artikel

feien ein Auszug aus dem Militärstrafgesetzbuch. Seine Definition lautet: „Die Kriegsartikel machen den Soldaten mit seinen Berufs- und Standespflichten bekannt; sie lehren ihn die Strafen für Pflichtvergeffenheit und endlich die Belohnungen für treu erfüllte Pflichten kennen (Art. 3, 4 u. 5).“ Selbstverständlich solle nun nicht stets diese Antwort, sondern eine ähnliche verlangt werden, die erkennen läßt, daß der Mann die Frage versteht. In diesem Geiste ist das Ganze geschrieben und empfiehlt sich dadurch von selbst am besten. Wichtig erscheint mir z. B. anlässlich der Erfahrung, daß vor einem Kriegsgericht ein Angeklagter und die Zeugen die Ansicht aussprachen, bei sich widersprechenden Befehlen müsse der des Ranghöheren befolgt werden, bei Spohn (S. 34) zu finden, zunächst sei der Widerspruch dem zweiten Vorgesetzten zu melden, besteht jedoch dieser auf seinem Befehl, „so ist der unweigerlich zu befolgen und fällt dann die Verantwortung für Nichtbefolgung des zuerst erhaltenen Befehls diesem Vorgesetzten zur Last.“ Nicht bloß die Rechtsprechung, auch die Dienstinstruktion sollte also über solche Punkte eigentlich niemand im Zweifel lassen können.

9. Im Juni erschien der 10. Band der Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts. Er umfaßt in 81 Entscheidungen die Zeit von Ende Februar bis 31. Dezember 1906. Auffallend ist wieder die besonders starke Inanspruchnahme des II. Senats. Ein Rechtsatz desselben (S. 74, Nr. II) hätte wohl besser, als geschehen, dahin redigiert werden können, daß eine bei der Strafzumessung verwertete allgemeine Erwägung — wonach Stubenältesten auch innerhalb der Zeit, während welcher sie nicht in dienstliche Beziehung zu den Stubengenossen treten, erhöhten Strafschutz gegenüber ihren Kameraden zuzubilligen sei — nicht gegen das Gesetz verstoßen.

10. Das XIII. Prüfungsergebnis des Reichsmilitärgerichts, durch Plenarsitzung vom 4. Juli d. J. für das 2. Halbjahr 1906 festgestellt, umfaßt 20 prozessuale und 29 materiellrechtliche Leitsätze. Unter den hierbei verwerteten vier „noch ungedruckten“ Entscheidungen befindet sich ein Plenarbeschluß, welcher — schärfer als bisher im Band 3, S. 68 — anerkennt, daß Zeugen „als erschwerender Strafzumessungsgrund“ berücksichtigt werden darf, wenn ein Mißbrauch des Verteidigungsrechtes vorliegt.

Zu § 73 MStGB. wird ausgesprochen, daß in solchen Fällen „eine Vermischung der verletzten Strafgesetze unzulässig, die Strafe vielmehr lediglich aus dem schwersten Strafgesetz zu entnehmen ist.“ Es bleibt dem Ermessen des erkennenden Richters anheimgestellt, bei der Strafzumessung die höhere Mindeststrafe des milderen Strafgesetzes zu berücksichtigen. Das entgegenstehende P.-G. 6, 109 wird aufgehoben. [Darnach sollte bei Idealkonkurrenz zwischen Vergehen nach § 141 und 151 MStGB. (Dienstpflichtverletzung auf Wache und Trunkenheit im Dienst) eine geringere Strafe als die in 141 festgesetzte Mindeststrafe nicht ausgesprochen werden].

Nachdem P.-G. VI, 108 bestimmt hatte, daß derjenige, welcher einer Dienstpflicht entsprechend eine dienstliche Meldung abstattet, die Wahrheit melden muß, „auch wenn er sich durch die richtige Meldung der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung aussetzt,“ erläutert dies jetzt Nr. 25 dahin, es sei die auf Befragen des Vorgesetzten erteilte wissentlich unwahre Antwort des Untergebenen (nach § 90 u. 139 MStGB.) „nur unter der Voraussetzung“ zu bestrafen, daß die Meldepflicht bezüglich der in der Antwort behaupteten Tatsachen — auch ohne die Frage des Vorgesetzten — zu den dienstlichen Obliegenheiten des Untergebenen gehörte.“

11. Aus der Kriminalstatistik unseres Heeres und der Marine für 1906, als Heft II der Vierteljahressstatistik des Reichs erschienen (vgl. zuletzt Z XXVII S. 309 Ziff. 5) ergibt sich ein Mehr von 530 rechtskräftigen Entscheidungen beim Heer (13 446 gegen 12 916 i. J. 1905), bei der Marine 1468 gegen 1260, wozu 851 (862) bzw. 64 (86) Fahnenflüchterklärungen treten. Letztere haben also abgenommen (S. 186). Insubordinationen in trunkenem Zustand nahmen gleichfalls ab: 345 (353), in der Marine 38 (gegen 45). Rechtsmüßiger Waffengebrauch allein kam auch diesmal nicht zur Bestrafung (Spalte 40 S. 189). Die Davonläufer haben sich wieder etwas vermehrt: 580 zurückgekehrte Fahnenflüchtige (gegen 546) + 628 (621) kriegs- + 413 (387) standgerichtlich wegen Entfernung Verurteilte; bei der Marine sind 59 (38) + 133 (120) + 118 (88) solche Verteilungen erfolgt (S. 192). Die im allgemeinen beobachtete Abnahme der Kriminalität hingegen möchte aus dem sogenannten Nachtragsverfahren (§ 42 Abs. 2 MStGB.) erfreulich hervorgehen, da infolge bürgerlich gerichtlicher Bestrafungen im ganzen 299 Unteroffiziere der Reserve und Landwehr (gegen 335 von 1905) zur Untersuchung gezogen waren. Von ihnen wurden degradiert: 244 (275); in 55 (60) Fällen war Freisprechung oder Einstellung des Verfahrens erfolgt, so daß Degradation unterblieb; ein Reserveoffizier wurde in einem solchen Verfahren mit Dienstentlassung bestraft (S. 187). — Untrüglich sind bekanntlich derartige Statistiken nie; eine Verschiebung zu Ungunsten würde sich z. B. ergeben, wenn die vielen Untersuchungen gegen Unbekannt, die ja auch bei den Civilstaatsanwaltschaften eine große Rolle spielen, zur Zählung kämen.

12. Im Recht (Nr. 10 S. 607) bespricht Ph. Otto Mayer — anschließend an den Plenarbeschluß des Reichsmilitärgerichts vom 19. April d. J., wonach das einen Mißbrauch des Verteidigungsrechts darstellende Zeugnien (z. B. einem erdrückenden Schuldbeweis gegenüber) als Strafzumessungsgrund berücksichtigt werden kann — in welchen Grenzen nun auch der militärische Disziplinarvorgesetzte eine Lüge bestrafen kann. Während der Dauer der gerichtlichen Untersuchung ist nach ihm die Bestrafung einer „mit Bezug auf die eigene strafbare Handlung“ vorgebrachten Lüge unzulässig; ebenso, wenn im Urteil die Lüge bereits gewürdigt ist, oder falls sie nicht ausdrücklich der disziplinarischen Würdigung vorbehalten wurde. Als Fälle, in

welchen außerhalb der gerichtlichen Beurteilung die Tüge des Beschuldigten zu würdigen sein könne, unterscheidet Mayer sodann: die Strafverfügung; die Beahndung eines leichteren Vergehens auf dem Disziplinarweg; die Verfügung einer reinen Disziplinarstrafe; die Freisprechung; die Einstellung des Verfahrens und die Abgabe der Sache an eine andere Stelle. Er betont hierbei, daß „nur der Beschuldigte“ das Recht der Verteidigung in angemessenen Grenzen hat, nicht auch der etwa Schuldige, der als solcher nicht vermutet und deshalb nicht verfolgt wird. Verstöße gegen die Wahrheitspflicht werden in solchen Fällen meist nur als Verfehlungen gegen die militärische Zucht und Ordnung (§ 1 DStD.) erscheinen, seltener nur den Vergehensgrad des § 90 oder gar 139 MStGB. an sich tragen, wie des Verfassers interessante Darlegungen erkennen lassen.

13. In derselben Nummer des Rechts (S. 626) erörtert Grünwald in dankenswerter Art die Bedenken, die sich rechtlich und tatsächlich gegen die herrschende Auffassung ergeben, wonach durch die Einberufung zur Kontrollversammlung die Zugehörigkeit zum aktiven Heer „für den ganzen Tag“ begründet werden soll. Würde ein Kontrollversammlungs- und ähnlicher Dienst lediglich als militärischer Dienst „bei fortbestehendem Beurlaubtenverhältnis“ angesehen, dann wäre nach Verfassers Darlegungen „mit § 26 Abs. 1 DStD. eine bestimmte Begrenzung der Disziplinarstrafgewalt für die während der Dauer des Dienstes begangenen, zur Disziplinarbestrafung geeigneten Handlungen gegeben, dagegen würde für die außerhalb jenes Dienstes begangenen entsprechenden Handlungen nur die Disziplinarstrafbefugnis bestehen, wie für die Personen des Beurlaubtenstandes, die sich nicht im Dienste befinden, bestimmt ist.“ Die Einschränkung bezüglich militärischer Vergehen und Verbrechen, die an einem solchen „Tag“ mit seinen 24 Stunden — wovon vielleicht eine einzige auf die Kontrollversammlung fällt — begangen werden können, würde sich aus Grünwalds Ausführungen von selbst in ihrer milderen, begrüßenswerten Tragweite ergeben.